

# Volksstimme

Einzelpreis 500000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Preis: 500000 M. pro Woche vom 17. bis 23. September 2500000 Mark. Abnehmer 2400000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die 10-spaltige, 27 Millimeter breite Monoparallelezeile örtlich 84 M., auswärts 108 M., Familienanzeigen und Stellenangebote 42 M., Vereinskalender 98 M., die dreispaltige, 20 Millimeter breite Reklamazeile örtlich 420 M., auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereines der Deutschen Zeitungsverleger, zum Teil 12000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 220.

Magdeburg, Freitag den 21. September 1923.

34. Jahrgang.

## Gegen die Betriebsstillegungen.

Die blutigen Ereignisse in Sorau und die Entwicklung der Verhältnisse in einem Teile Badens und Hessens sind typisch für die Auswirkung der gegenwärtigen Wirtschaft- und Währungsnot. Das Mißverhältnis zwischen Teuerung und Einkommen, vor allem auch die vielfach unbegründeten Stillegungen der Betriebe, die Tausende brotlos machen, bringen die Bevölkerung in eine verzweifelte Stimmung, die dann von kommunistischen und syndikalistischen Hezern zu Verzweiflungstaten ausgehenkt wird.

Sehr bedenklich gestaltet sich die Bewegung im Bezirk Darmstadt, wo die Arbeitererschaft infolge der Besetzung zum Teil arbeitslos ist. In Groß-Gerau stürmten in den letzten Tagen Arbeitslose unter Führung von Kommunisten das Kreiskameralamt und richteten eine provisorische „Regierung“ mit Polizeidienst ein. Die Panik in der Bevölkerung ist allgemein da die Syndikalistin der Umgegend den Kommunisten die Macht streitig machen. Man erwartet blutige Zusammenstöße zwischen den beiden extremen Richtungen.

Aus den Vorkommnissen der letzten Tage muß die Reichsregierung Schlussfolgerungen in bezug auf ihre innere Politik ziehen. Sie dürfte ebenso wie wir davon überzeugt sein, daß die durch die wirtschaftlichen Mißverhältnisse verursachten Komplikationen auf die Dauer nicht durch Schupo aus der Welt geschafft werden können.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, als wenn einflußreiche Unternehmerkreise auf das Herbeiführen chaotischer Zustände geradezu hinarbeiten, sie werden dabei unterstützt durch die immer mehr üblich werdende Zurückhaltung von Nahrungsmitteln durch Landwirte, die teils aus Profitgier, teils aus politischer Berechnung handeln.

Betrieb auf Betrieb wird stillgelegt oder arbeitet nur mit verkürzter Arbeitszeit, und nicht immer liegen zu solchen Maßnahmen zwingende Gründe vor. Der Reichsinnenminister Sollmann hat am Sonntag ausgesprochen, daß Unternehmer ihre Betriebe stilllegen oder die Arbeitszeit verkürzen, weil sie von der Lohnsummensteuer sich drücken wollen. Andre glauben, ihre gefüllten Rohstofflager zu einem späteren Zeitpunkt vorteilhafter aufarbeiten zu können, und wieder andre — das trifft vor allem auf die kartellierten Industrien zu — schließen lieber ganz oder teilweise ihre Betriebe, als daß sie — was sehr wohl möglich ist — ihre Preise herabsetzen, um Absatzmöglichkeiten zu schaffen.

Und das alles in einer Zeit, wo nach Mehrarbeit geschrieben wird, ein stark gesteigertes Bedürfnis nach Waren auf dem internen Markte in Deutschland besteht. Ist es nicht ungeheuerlich, wenn die Braunkohlenwerke in Mitteldeutschland die Arbeitszeit verkürzen! Und das zu einer Zeit, da Deutschland schier zugrunde geht, weil es Devisen über Devisen kaufen muß, um englische Kohle zu importieren. Der Reichszankler hat mit harten Worten festgestellt, daß die Produktion in den Steinkohlengruben des unbesetzten Gebiets zurückgegangen ist. Warum hat man ihn nicht informiert über die Produktionsfabrikation, die in Mitteldeutschland im Braunkohlenbau getrieben wird? Ist es dem Reichszankler bekannt, daß sogar die Kalifabrikation in der Provinz Sachsen einleitet? Das ist Produktionsfabrikation, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann, das ist eine Mißwirtschaft, die zu chaotischen Zuständen führen muß.

Im Reichsrat ist ausführlich über die Dammung der Gefahren beraten worden, die aus großer Erwerbslosigkeit naturnotwendig entspringen. Dabei hat man offenbar nicht daran gedacht, daß die Erwerbslosigkeit aus Profitgier und dem Bestreben, sich vom Steuerzahler zu drücken, künstlich gesteigert und aus politischer Berechnung absichtlich herbeigeführt werden könnte. Und es ist in der Tat so. Es gibt immer mehr Unternehmer, welche die Arbeiter zur „Betriebsbesetzung“ nach italienischem Muster zu verleiten suchen, um dann um so sicherer die Arbeiter zu unterwerfen. Das mag der Arbeiterchaft, aber auch der Regierung zur Warnung dienen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß Genosse Göring in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter zum Reichsrat für die Provinz Sachsen dem Reichszankler auf all diese Gefahren aufmerksam gemacht hat und ihm Vorschläge unterbreitete, wie am wirksamsten der weitem Erwerbslosigkeit durch völlige oder teilweise Betriebsstillegung vorgebeugt werden kann. Göring schlägt vor, den Unternehmungen, die ihren Betrieb stilllegen oder verkürzt arbeiten lassen wollen, trotzdem sie an Rohstoffen keinen Mangel haben,

die Mittel für Löhne zur Verfügung zu stellen, die Rohmaterialien abzukäufen und so auf Rechnung des Reiches die Betriebe weiterzuführen. Die Fertigwaren würden in den Besitz des Reiches übergehen und auf seine Rechnung verkauft werden.

Wir halten es für notwendig, daß dieser Vorschlag nicht nur dem Reichszankler unterbreitet wird, sondern auch im Reichsrat und im Reichstag entsprechende Anträge gestellt und schleunigst in Taten umgesetzt wird. Der jetzige Zustand ist nicht wochenlang zu ertragen. Er treibt nicht nur die Menschen zur Verzweiflung, die von ihrer Hände Arbeit leben wollen, sondern auch all die Geschäftsleute, die nur leben, wenn die Masse der Verbraucher etwas zum Verbrauch kaufen kann.

Die Reichsregierung wird sich aber auch nicht mit der zwangsläufigen Weiterführung der industriellen Betriebe begnügen können. Es muß dafür gesorgt werden, daß für Löhne und Gehalte Lebensmittel zu kaufen sind und nicht die mit allgemeinen Mitteln geschaffene Konjunktur von den landwirtschaftlichen Produzenten rücksichtslos ausgenutzt wird. Wenn die Reichsregierung der Landwirtschaft zum Ernteumsatz wertbeständige Anlagemöglichkeiten sichert, dann kann und muß sie erzwingen, daß die Preise für Lebensmittel nicht durch Zurückhaltung der Ware künstlich in die Höhe getrieben werden. Auch der Landwirtschaft gegenüber muß die Regierung wirklich vaterländisches Verhalten erzwingen, wenn sie freiwillig den Notwendigkeiten dieser Notzeit nicht Rechnung trägt.

### Ein internationaler Mahnruf.

Die Internationale der Gewerkschaften, die in Amsterdam ihren Sitz hat, veröffentlicht eine Denkschrift über die Reparationsfragen, die sie dem Völkerbund eingereicht hat. In der Einleitung heißt es:

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der zwanzig Millionen Arbeiter vertritt, hält es für seine Pflicht, der Völkerbundsversammlung den Friedenswillen der Arbeiterklasse und ihre Ansicht über die Bedingungen eines Friedens in Erinnerung zu bringen. Zwischenfälle wie der von Korfu sind immer möglich, solange die allgemeinen Grundlagen des Friedens fehlen, d. h. die Reparationsfrage ungelöst bleibt. Solange auf der dreifachen Grundlage der Rechte der Gläubigerstaaten, der Kollektivinteressen der Welt und der Zahlungsfähigkeit der Schuldner, die Lasten nicht endgültig zahlenmäßig festgesetzt, solange ein gerechtes und ausführbares Programm nicht auf Grund gemeinsamer Verständigung angenommen ist, wird die Drohung bewaffneter Konflikte weiter die Völker drücken.

Die Denkschrift erinnert daran, daß die Rechtmäßigkeit von Reparationsforderungen allgemein anerkannt wird, aber daß sie nicht als Strafe, Repressalie und Kriegsentwädigung gedacht waren, sondern nur den Zweck verfolgen sollen, zur Befestigung des Friedens die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Das geht ausdrücklich aus den 14 Punkten Wilsons hervor, die die Grundlagen des Waffenstillstandes waren und auf denen weiter alle auszuführenden Regelungen beruhen. Tatsächlich können selbst die höchsten von Deutschland zu zahlenden Summen den materiellen Schaden nicht gutmachen; und so ist es jetzt auch unbestritten, daß die Beträge des Londoner Zahlungsplanes nicht geleistet werden können. Die letzte belgische Note stellt fest, daß man sie erheblich herabsetzen kann.

Die Denkschrift zählt alle Vorbehalte auf, die der Internationale Gewerkschaftsbund in der Reparationsfrage bereits gemacht hat in der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Unordnung vor allem die Arbeitermassen belastet. Er erinnert ferner an seine Anregungen zur Regelung der Verwendung deutscher Arbeiter in den besetzten Gebieten, wie der Naturalleistungen und an die von ihm aufgestellten Grundsätze:

Gerechte Festsetzung der deutschen Schuld, gegenseitige Annulierung der Kriegsschulden, internationale Anleihe, internationale Zusammenarbeit zur Behebung der Weltwirtschaftlichen Krise zum Zweck des Wiederaufbaues, lauter Grundsätze, die heute auch in den Regierungsprojekten auftauchen.

Hiernach gibt die Denkschrift einen eingehenden Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forderungen der einzelnen alliierten Regierungen. Der Londoner Zahlungsplan setzte die deutsche Schuld auf 132 Milliarden Goldmark fest. Die Bonds A und B sind heute 50 Milliarden wert, die Bonds C, die auf dem Papier 80 Milliarden wert sind, gegenwärtig etwa 15, Frankreich verlangt 26, Belgien 5, die andern Alliierten 5, England 14,2 Milliarden. Die Gesamtsumme dieser Forderungen entspricht dem Werte der Bonds A und B.

Wenn man auch über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands alle Vorbehalte machen müßte, so sei diese erste Festsetzung schon ein wichtiges Ergebnis, wobei allerdings in Betracht zu ziehen sei, daß für die Herabsetzung ihrer Forderungen die Alliierten die Streichung der interalliierten Schulden und vor allem der Schulden bei Amerika fordern, so daß die Regelung der Reparationsfrage der Regelung der interalliierten Schulden untergeordnet bleibt. Angefichts der Wichtigkeit einer amerikanischen Entscheidung fordert die Denkschrift die amerikanischen Arbeiter auf, aus eigenem Interesse an dem Wiederaufbau Europas die Regierung zur Mitarbeit zu veranlassen.

In der Denkschrift heißt es weiter, die Entscheidung Amerikas könne nicht abgewartet werden. Die Schwierigkeiten, die sich der Reparationsfrage entgegenstellten, müßten sofort gelöst werden. Da ergäben sich drei wichtige Fragen:

Erstens die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Eine weitere Hinausschiebung der Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit wäre verhängnisvoll, würde alle bestehenden Schwierigkeiten offen lassen, die deutsche Wiederaufrichtung und damit die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen verhindern. Die Notwendigkeit der deutschen Wiederaufrichtung sei unbestreitbar. Ein Bild der deutschen Finanzlage könne nicht entworfen werden, weil sie sich mit furchtbarer Geschwindigkeit verschärft. Aber niemand könne übersehen, daß Deutschland am Abgrund des Unterganges stehe und daß die Verlängerung dieses Zustandes keine Auslösung und keinen Zusammenbruch herbeiführen würde. Für Deutschland sowohl wie auch für seine Gläubiger würde der Untergang die furchtbarsten Folgen haben und im Herzen Europas einen Herd der Unordnung schaffen, der die gesamte Weltwirtschaft erschüttern müßte.

Der Einwand, welchen selbst die Mächte erheben, die nicht an eine Eintreibung der gesamten Reparationsforderungen glauben, nämlich, daß eine Festsetzung der deutschen Schuld Deutschland verhindern würde, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, könne daher nicht berücksichtigt werden; denn auch diese Mächte hätten die Notwendigkeit von Moratorien anerkannt. Außerdem sei die Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit die Vorbedingung für eine internationale Anleihe.

Damit erhebe sich die zweite wichtige Frage:

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie illusorisch das alliierte Programm der Reparationszahlungen ist, das immer nur finanzielle Lösungen in Form von übertragenden deutschen Goldzahlungen an die Reparationskommission vorsieht. Heute, da das deutsche Geld wertlos ist, muß dieses System als völlig abjurieren, und der Gedanke der deutschen Arbeiterbeteiligung in den vermögenden Gebieten, großzügiger Naturallieferungen, Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine internationale Anleihe findet allgemein Anerkennung. Deutschland müßte daher möglichst von den langfristigen Zahlungen befreit werden; andererseits kann die Wiederaufrichtung seiner Finanzen nicht durch seine eignen Mittel bewirkt werden. Hierzu ist die internationale Anleihe nötig.

Aber die Organisation dieser Anleihe wirft eine dritte Frage auf: die Ruhrbesetzung, über die sich der Internationale Gewerkschaftsbund schon früher geäußert hat, als er von Deutschland die Anerkennung der Reparationen und von der französischen und der belgischen Regierung die Beendigung der militärischen Besetzung forderte. Hierüber führt die Denkschrift aus:

Die internationale Arbeiterbewegung spricht von neuem ihre tiefe Ueberzeugung aus, daß die gegenwärtige Besetzungspolitik verhängnisvoll ist, die Deutschland ohne Nutzen für seine Gläubiger zerstört, die Unruhe in Europa verschärft, die Weltwirtschaft desorganisiert und mit einer positiven Lösung der Reparationsfrage nicht vereinbar werden kann. Diese Besetzung muß jetzt auch ein Ende nehmen. Die französische Regierung erklärt in der Tat, daß sie ausschließlich Reparationszahlungen und Garantien dafür anstrebt, daß Deutschland seine Verpflichtungen ausführen will. Die deutsche Regierung erkennt ihrerseits die Rechtmäßigkeit der Reparationen an und schlägt Pfänder vor. Sollte da ein Einvernehmen unmöglich sein? Zweifellos besteht zwischen den Forderungen derer, die das Ruhrgebiet besetzt halten, und den deutschen Vorschlägen noch ein großer Gegensatz. Die wirtschaftlichen Pfänder, von denen die ersten sprechen, beziehen sich fast ausschließlich auf die rheinisch-westfälischen Gebiete; die vom Reiche vorgeschlagenen Pfänder umfassen die Wirtschaft des ganzen Reiches. Eine Regelung der Reparationsfrage muß und kann nur international sein. Die Festsetzung der Zahlungsfähigkeit und der Höhe der deutschen Schuld kann nicht nur durch die Gläubigerstaaten erfolgen. Wenn man keine Annäherung unter den Forderungen der Gläubigerstaaten bezeichnen kann, so zeigt der gegenwärtige Stand der Frage wie seine frühere Entwicklung, daß in einer so ersten Angelegenheit nicht auf eine direkte Verständigung zwischen den interessierten Ländern gezählt werden darf, deren Ansprüche untereinander im Gegensatz stehen. Die Festsetzung der deutschen Lasten kann nur ein internationales Organ besorgen, das nicht nur in der Lage ist, einen Schiedsspruch zu fällen, sondern auch



# Die Wahlen in Oesterreich.

Erst in einem Monat finden die Wahlen zum österreichischen Nationalrat statt und schon ist die Wahlbewegung in vollem Gang. Als der christlichsozialer Bundeskanzler aus Genf heimkehrte und die Kredite mit dem General-Kommissar heimbrachte, war er so voll der Ueberzeugung, daß das ganze Volk ihn als Retter ansah, daß er sofort den Nationalrat auflösen und Neuwahlen aus schreiben wollte. Inzuehem scheint bei dieser Absicht die Angst mitgelitten zu haben, daß sich die Begeisterung für seine Genfer Abmachungen rasch abkühlen werde, sobald das Volk die Wirkungen dieser verpöblichten Sanierung spüren werde. Der Plan wurde jedoch zu spät, da die Sozialdemokraten die von Seipel geplanten Frühjahrswahlen nicht zuließen und mittlerweile hat die Bevölkerung die Segnungen des Genfer Werkes, den Abbau von hunderttausend Beamten, die Schließung von unzähligen Humanitätsanstalten, Schulen, Gerichten, die Arbeitslosigkeit und die Stockung des Geschäftslebens und die toten Steuern, die auf die Massen gelegt wurden, während das Kapital ängstlich geschont wurde, gründlich kennengelernt.

Noch immer aber wollte der Bundeskanzler die Sanierung als Wahlperiode ausnutzen, allerdings nicht mehr bei den breiten Massen, sondern bei den besitzenden Klassen, die von den Börsianern und Großkapitalisten abgesehen, zwar auch nicht von der Seipelschen Sanierung begeistert sind, aber doch daraus die Hoffnung schöpfen, daß es Seipel gelingen werde, die vorrevolutionären Machtverhältnisse zwischen den Klassen wiederherzustellen. Um nach außen hin ein deutliches Symbol dieser seiner reaktionären Pläne aufzurichten, hat Seipel das Wahlbündnis der Christlichsozialen mit der „Partei der Monarchisten“ abgeschlossen, obwohl ihm diese Partei keine Wähler zusichern konnte, weil ihr nur Führer, aber keine Geführten angehören und weil alle Monarchisten auch ohne dieses Wahlbündnis christlichsozial gestimmt hätten. Seipel ging dann auch weiter, indem er Verhandlungen mit den andern bürgerlichen Parteien einleitete, um alle auf eine „bürgerliche Einheitsliste“ zu einigen.

Um diesen Plan durchzuführen und alle bürgerlichen Parteien an sich zu fesseln, war er ferner bereit, die größtmöglichen Opfer an Mandaten auf sich zu nehmen und namentlich die Großdeutschen zu kaufen. Die Großdeutschen die in ihrem Besitzstand sehr gefährdet sind, weil ihnen die Hafenkreuzer bei den Gemeinderatswahlen der letzten Zeit zahlreiche Mandate abnahmen und die vergeblich ein Kompromiß mit ihren Schredensfindern angestrebt hatten, waren für die Sicherung ihrer Mandate sofort zu der Einheitsliste bereit, aber der „Landbund“, eine halb deutschnationale, halb christlichsoziale Bauernorganisation, erkannte, daß er den Christlichsozialen leicht einige Mandate mehr, als Herr Seipel geben wollte, abjagen könne, und so zerfiel sich der Plan der „Einheitsliste“.

Aber Herr Seipel war trotzdem entschlossen, den reaktionären Kurs seiner Politik noch deutlicher zu betonen, und deshalb kündigte er an, daß nach den Wahlen sofort der Abbau des Mieterschutzes beginnen müsse. Man muß wissen, wie groß die Wohnungsnot in Oesterreich und namentlich in Wien immer war, und man muß sich an die Schamlosigkeit erinnern, mit der die Hausherren im Frieden diese Wohnungsnot ausnutzten, um zu erkennen, welche Provokation der Massen diese Ankündigung des Bundeskanzlers war.

So hat der Bundeskanzler als die Wahlschlager seiner Parteien neben der „Sanierung“ den Kampf des großen Bürgertums gegen die Arbeiter und den Abbau des Mieterschutzes als „des letzten Restes der sozialdemokratischen Zwangswirtschaft“ proklamiert. Wie wenig den Sozialdemokraten diese beiden Wahlschlager imponierten, zeigten sie, indem sie das Kampfgebiet ausdehnten. Obwohl die Funktionsperiode des Wiener Gemeinderats noch ein Jahr läuft, hat die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit den Gemeinderat schon jetzt aufgelöst und die Neuwahl ebenfalls für den 21. Oktober angeordnet.

Damit wird die Möglichkeit gegeben, die Christlichsoziale und die sozialdemokratische Sanierung einander gegenüberzustellen. Die sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde Wien, die zugleich ein autonomes Bundesland ist, hat nämlich in den vier Jahren ihrer Herrschaft die Finanzen der Gemeinde, die sie in gänzlich verlottertem Zustand von den Christlichsozialen übernommen hatte, nicht nur vollständig saniert, sondern sogar so weit gebracht, daß Billionen für große Investitionen für den Bau von Schulen und Wohnhäusern, für Volkshäuser und Gartenanlagen und Straßenpflasterungen angewendet werden konnten und daß die Gemeinde jetzt sogar die Wiener Stadtbahn, die die Stadtverwaltung seit Kriegsbeginn eingestell hat, übernehmen und auf elektrischen Betrieb umwandeln will.

Diese beiden Arten der Sanierung eines Gemeinwezens, die sozialdemokratische, die aufbaut, und die Christlichsoziale, die abbaut, die sozialdemokratische, die durch ein ganzes System von Kurus- und Besitzsteuern die Besitzenden erfaßt und die Christlichsoziale, die nur die Besitzlosen trifft, stehen einander in diesem Wahlkampf gegenüber. Aber die Sozialdemokraten haben auch der zweiten Wahlperiode der Christlichsozialen eine Gegenparole gegenübergestellt, indem als Antwort auf Seipels Ankündigung des Abbaues des Mieterschutzes die Wiener Gemeindeverwaltung beschloß, mit einem Aufwand von zwei Billionen Kronen innerhalb fünf Jahren 25 000 Wohnungen zu bauen, wamit die von Seipel geplante Wiedereinführung der Hausherren in ihre frühere Herrschaft durch den Einfluß auf den Wohnungsmarkt labingelegt wurde.

So ist der Aufmarsch der beiden Heere erfolgt, die Fahnen sind entrollt. Die Wähler werden zu entscheiden haben, welcher Fahne sie folgen wollen, der Fahne, die sie vorwärts führt, oder der, die offen die Rückkehr zu den vorrevolutionären Zuständen als Ziel proklamiert. Um den Ausgang braucht man nicht bange zu sein.

# Der Gewerkschaftsführerlehrling bleibt.

Bei Gott und den Kommunisten ist kein Ding unmöglich. Wir berichteten, daß vor kurzem der kommunistische 2. Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes in Essen, Parakenings, eine Abmachung mit den Unternehmern traf und unterschrieb, die eine schwere Schädigung der Interessen der Metallarbeiter Essens war. Sinterher hat er die Unternehmer, diese Abmachung ja nicht den Arbeitern, wie üblich, durch Anschlag bekanntzugeben, sondern stillschweigend zu den Akten zu legen. In einer Vertrauensmännerziehung fand sich trotzdem eine Mehrheit, die diese verkörperte Unfähigkeit damit entschuldigte, daß er ja sein Amt noch nicht sehr lange ausübt und in Zukunft solche großen Fehler unterlassen wird. Auf gut Deutsch, daß Parakenings noch Lehrling sei.

Die noch nicht durch Moskau verblendeten Essener Metallarbeiter bezichtigten aber auf einen Führer, der sein Amt erst erlernen muß. Sie verspüren keine Lust, das Lehrgeld für diesen „revolutionären“ Gelden in Form verächtlicher Arbeitsbedingungen zu bezahlen. Die Betriebe nahmen Stellung zu dem an offener Arbeiterverrat grenzenden Fall und ein Verg von Entschuldigungen lief bei der Ortsverwaltung ein, die besagten, die Unfähigkeit Parakenings' sei so groß, daß sich kein vernünftiger Kollege mehr von einem solchen Manne vertreten lassen könne.

Trotzdem bleibt der Bonzenlehrling. Eine außerordentliche Generalversammlung beschäftigte sich mit seinem Fall und die Mehrheit sprach den Sünder frei. Der Spieß wurde sogar umgedreht und der Hinauswurf der „Organisationschädlinge“, der alten erfahrenen Führer, die sich einst im Betrieb im Kleinkrieg mit den Ausbeutern die Führerschaft erwarben, angefündigt.

So tief ist die gewerkschaftliche Moral kommunistischer Arbeiter gesunken. Ohne den durch Moskau in die Gewerkschaften hineingeträgten Parteistreit wäre Parakenings am Tage nach seiner mindestens blöden Tat aus jeder verantwortungsvollen Führerstellung hinausgedrängt worden. Heute ist er Kriegsgewinnler, bleibt Führer dank dem Bruderkrieg, der ihn an die Oberfläche brachte und den er darum fräftig fördert. „Bis eines Tages“, wie die „Essener Arbeiter-Zeitung“ bemerkt, „auch bei den irregulierten Arbeiter die bessere Einsicht siegt und der ganze unfähige Plunder zum Lempel hinausgeworfen wird.“

**Dollar** Aktuelle Notiz vom **182 000 000**  
 Mittwoch 111 000 000  
 Donnerstag amtlich  
 Bester Kurs in Newyork 232 232 000 etc.

# An den Pranger stellen!

Es gibt unter den alten Konserbativen eine Anzahl Leute, die sich mit Ekel von dem demagogischen Treiben der heutigen Deutschnationalen abwenden. Leider können sich nur einzelne entschließen, ihre Ueberzeugung öffentlich zu betreten. Eine solche Ausnahme ist der süddeutsche Konserbativ Adam Röber, der in seiner Korrespondenz schreibt:

Die Revolution hat ganz gewiß viel verschuldet. Das braucht an dieser Stelle wahrlich nicht gesagt zu werden; aber sie entstand nicht von ungefahr, und nur ganz gewissenslos, bewußt-lügnerrische Agitation kann behaupten, es wäre besser, wenn wir den alten Staat noch hätten! Nicht um ein Jota wäre es anders, auf keinem Gebiet, wenn Deutschland noch monarchistisch wäre. Wohl aber darf man sagen, daß die Arbeit des Wiederaufbaues noch schwieriger geworden wäre, als sie es schon ist.

Zum Schluß führt Röber den Deutschnationalen und Rechtssozialdemokraten Nachsichendes zu Gemüt:

Daß der heutige Konserbativismus nichts anderes weiß als die terroristischen Zerstückungsakte der kommunistischen Revolutionsmänner in geistlicher Analogie nachzumachen, daß er Rohheit, Raffgier, Mammonismus, libertinistisch aufgekuppelte Schmutzbrüderliche Sittenzen mit dem „nationalen“ Vorzeichen verleiht und so die Gesundheit unseres Volkes verhindert, das ist sein Verbrechen, das er an der Nation begeht. Die unparteiische Geschichte wird ihn dafür für alle Zeiten an den Pranger stellen.

Sehr schlecht bescheiden vor der Geschichte werden aber auch die alten, besonnenen Führer der Konserbativen, die sich zurückgezogen haben und widerspruchslos die Ferg, Helfferich, die Ludendorff, Reventlow und Hitler Kadaverpolitik treiben lassen.

# Dem Ende entgegen.

Das Mag- und Moritz-Blatt des ehemaligen Professors der Gelben, die „Magdeburger Tageszeitung“, beschäftigt sich in einem Heft unter der Ueberschrift „Dem Ende entgegen“ mit der Ruhrkapitulation und der gegenwärtigen innerpolitischen Lage Deutschlands. Es sieht bei einem Abbruch des Ruhrkampfes ein Diktat Poincarés voraus, das „die Trennung der Rheinlande und wahrscheinlich auch der Ruhr vom Reiche bringen, damit den Beginn des Zerfalls unserer Vaterlandes, also genau das, was sich Herr Poincaré als das Ziel seiner Politik denkt. Faschismus und Erfüllungspolitik haben uns in Jahren in Verbindung mit dem Marxismus die materiellen und seelischen Kräfte geraubt, die notwendig sind, um Staatsmänner, wie wir sie jetzt haben, den Mut zum Widerstand gegen solchen Schmachfrieden zu geben. Die Regierung Stresemann werde also unterzwecken, wenn sie nicht noch im letzten Augenblick durch härtere politische Kräfte daran gehindert wird. Solche Kräfte seien in Deutschland noch vorhanden, und sie haben auch die Fähigkeit, das deutsche Volk auf neue Wege des materiellen und seelischen Widerstandes mitzureißen.“

Welche „Fähigkeiten“ die Kräfte haben, auf die sich die „Tageszeitung“ stützt, zeigt die Tatsache, daß vom Ruhrgebiet aus durch Senkung des Marktwerts Deutschland immer näher an den Abgrund gedrängt wird. Mit den Unterstützungsgeldern des Reiches wird seine Währung ruiniert. Es zeigt die ganze Gewissenlosigkeit der nationalen Decker, wenn es in dem Artikel weiter heißt:

Der Ernst der Lage, in der sich Deutschland zurzeit befindet ist überhaupt nicht mehr übertrieben darzustellen. Die Kapitulation an der Ruhr wird uns so wenig helfen wie die Kapitulation an der Front vor 5 Jahren. Der Marxismus

hat das deutsche Volk zum großen Teil fünf Jahre lang von der Notensprelle leben lassen, die den deutschen Mittelstand enteignet und das Ausland betrogen hat. Jetzt bedroht das große Betrugswerk, seiner Verwirklichung durch den Marxismus mit allen Verkleinerungspolitiken dienbar zu machen. Das wird nichts helfen, wie der rasch fortschreitende Zerfall der deutschen Wirtschaft beweist. Schon hat Herr Hilferding, der eingebildete Beherrscher des Dollars, die Markt auf einen Kurs von 200 Millionen herabgewirtschaftet. Die Höhe und Gefährlichkeit nun, wie wir das immer voraus sagten, das große und die der Lotteriang kann beginnen. Welterleuchten überall im Reich. Aber nirgends der Wille, zu tun, was notwendig ist. Noch immer ist der Weg offen, auf dem der größte Teil der Nation gerettet werden kann. Aber es ist die allerhöchste Zeit. Parlamentarier und Koalitionen werden ihn nicht gehen. Was von ihnen kommt, das zeigt sich täglich deutlich. In 10 Tagen eine Verdopplung der Trillionenschuld des Reiches, der Zusammenbruch einer sinnlosen Steuerpolitik, Vernichtung der Wirtschaft und mühselige Verordnungen, die die letzten besitzenden Kapitalisten aus der Wirtschaft verjagen. Wenn der Diktator nicht bald kommt, kommt er auch zu spät. Wenn nicht bald die „Ertrungenschaften“ durch das denkbare freieste Spiel aller Kräfte ersetzt werden, so wird ein hungerndes deutsches Volk dem Chaos ausgeliefert werden! Wir sagen deshalb: Andre Kräfte an die Front! Schluss mit dem Marxismus!

Das wagen die nationalen Wähler ihren Sessern zu bieten! Daß der große Papiergeldschwindel mit Helfferich unter Wilhelm dem Ausreißer begann, wird verschwiegen; daß dieser Schwindel in Eigne gesetzt wurde, weil die nationalen Kreise an dem Kriege nur verdienen, aber nicht einen Biennig opfern wollten, weiß das Volk wohl nicht mehr. Wenn der Mittelstand enteignet wurde, „verdankt“ er das den nationalen Kriegsgewinnern, und vor allem den Ruhrgeheimern. Als Cuno und seine Minister, die doch alle keine Marxisten waren, das Ruhrabenteuer begannen, da war es gerade die Magdeburger Moritzzeitung, die diese Tat begrüßte und 8 Monate lang sein Wort dagegen aufbrachte, daß der gigantische Wirtschaftskampf nur mit der Notensprelle finanziert wurde. Was Helfferich dem Mittelstand noch gelassen hatte, das nahm ihm das von den Nationalen gefeierte Ministerium Cuno. Der Reichzentner ist heute durch diese Politik ein Bettler. Deutschland ist von billigen ausländischen Rohungsmitteln und Rohstoffen für seine Industrie durch die wertlose Markt abgeperrt. Unzählige Fabriken fehlen die Betriebsmittel und der Absatz. Deshalb Arbeitslosigkeit, Hungerarbeit, unzureichende Entlohnung und ein fürchterlicher Notstand der Arbeiterschaft und aller ihrer Angehörigen. Und diesen offenfundigen, aller Welt bekannten Tatsachen zum Trotz wagen es nationale Kreislänge und Panfleurture, von einer Schuld des Marxismus, lies: „Schuld der Sozialdemokratischen Partei“ zu sprechen?

Das ist dieselbe Unverschämtheit, dieselbe lalkschändliche Frechheit, mit der man die Franzosen nicht nur um ihre unerschütterten, sondern auch um ihre hereditären Ansprüche prellen wollte. In Poincaré ist diese Saunerlatit abgeprallt, dem armen, von den nationalen Kriegstreibern betrogenen Volke kann man sie noch ungestraft bieten. Und wir glauben sogar, daß man dafür noch immer Sühnlänge findet. Gegen nationale Vorniertheit und Dummheit ist kein Mittel zu gewahren. Ein nicht minder niederträchtiger Anwurf ist der gegen Hilferding, den eingebildeten Beherrscher des Dollars, der die Markt auf 200 Millionen herabgewirtschaftet habe. So ungehörig sagen das die Kommunisten auch. Aus sehr durchsichtigen Gründen. Kann ein denkender Mensch denn darüber im Zweifel sein, daß der Marktwert der letzten Wochen eine zwangsweise Folge der vorübergehenden Monate ist? Die Billionenanprüche des Ruhrgebietes, die Tatsache, daß dort seit Monaten nicht mehr gearbeitet wird, daß alle die Hände aufhelfen, jeder sich bereichern wollte, und daß dann noch mit diesen Billionen gegen die Währung verreckendisch spekuliert wurde, das konnte sich gar nicht anders auswirken als geschehen. Wenn einmal die Geschichte des Ruhrabenteuers geschrieben werden sollte, wird die Menschheit erschauern darüber, was hier an Vaterlandsverrat her sagen, nationalen Kreise geleistet worden ist. Ob Cuno oder Stresemann, ob Redakteur Moritz von der „Tageszeitung“ oder Rodel von der „Noten Rahne“ heute Staatsleiter wären, sie ständen vor denselben Ergebnissen und könnten nur dadurch Abhilfe schaffen, daß sie die zehrende Eiterbeule aufsuchen und ausbrennen.

Das ist gewiß, im Augenblick und in der aller nächsten Zeit wird auch das nicht viel an der Notlage ändern, denn Rohie werden wir aus dem Ruhrgebiet nur wenig erhalten, die werden die andern nehmen für den Ausfall der 9 Monate. Aber der Anfang ist zur Besserung gemacht, und Deutschland kann wieder zur wirtschaftlichen Politik zurückkehren, freilich unter viel schwereren Bedingungen, und die werden auch auf der Arbeiterschaft schwer lasten. Deren Politik muß darauf gerichtet sein, zu verhindern, daß ihnen allein diese Lasten aufgeschafft werden, wie man das so frühern, für die Herrschenden besten Zeiten so ausgeübt hat.

Die deutschen Nationalisten und Kommunisten haben freilich einen andern Ausweg: sie wollen einen neuen Krieg und eine Diktatur. Die Kommunisten die Diktatur der Arbeiter und Bauern, die „Tageszeitung“ meint sicher eine andre Diktatur, eines militärisch-kapitalistischen Arbeiterschlächters, der die Massen wieder so rechtlos macht, wie es etwa die Landarbeiter und Bauern vor 1918 waren. Und wenn es zu den von den Nationalisten und Kommunisten geplanten und geförderten Aktionen kommt, dann ist heute schon zu sagen, daß die Arbeiter dabei die Geprüllten sein werden, ihnen werden die Ruhrabenteurer und Kientendruckberger die Haut bei lebendigem Leibe abziehen und Kientendruckberger, wie sie es seit Jahrzehnten getan haben. Nicht umsonst schreibt die „Tageszeitung“ von der „jinnlosen“ Steuerpolitik, ihr ist jede Steuer sinnlos, die die Besitzenden auch nur leise streift. Freiestes Spiel der Kräfte, das heißt ungehemmte kapitalistische Ausbeutungsfreiheit verlangt das Moritzblatt. Wegfall der Demobilisierungsbefristungen, die die Arbeitgeber zwingen, die Kriegseisbedingten weiterzubeschäftigen, allgemeine Arbeitszeitverlängerung, noch freiere Bahn für jeden Wucher. Andre Kräfte an die Front! Schluss mit der Arbeiter Sozialdemokratie! Das ist das Ziel eines neuen Krieges und der Diktatur. Mögen die Arbeiter daraus lernen; nicht durch neue außen- oder innenpolitische Katastrophen kommen wir zu besseren Zeiten, sondern durch berufliche Tätigkeit, durch die Einsicht, daß es keine Wundermittel gibt, die die Zerstückungen von 10 Jahren in 3 Monaten heilen können. Dazu gehören viele Jahre und Jahrzehnte.

# „Wählt Pfannuchen!“

Ein alter Parteigenosse schreibt dem „Vorwärts“: Daß der Name uners jüngstverstorbenen Genossen Wilhelm Pjanakuch auch humoristische Verwendung finden kann, befindet folgender Vorfall aus dem Jahre 1884. Als Ostender bei der Reichstagswahl infolge Doppelwahl das ihm zugefallene Mandat im 6. Berliner Wahlkreis abgab, wurde Pfannuch hier aufgestellt. Ein finziger Wiedereinsteiger kam auf den originalen Einfall, seinen Namen zu Gesellschaftsworten auszuwählen. In sämtlichen Wahllokalen stellte er Gefäßchen mit tiefen Kröben voll frischer Pfannuchen auf. Wenn Wähler kamen, gönnte ihnen von dorther der schallende Ruf „Wählt Pfannuchen!“ entgegen. Und tatsächlich wählten die Wähler das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Unser Genosse wurde mit großer Majorität gewählt und die appetitliche Ware fand großen Absatz.

Notizen.

Der Reichstag einberufen. Der Reichstagspräsident hat für Mittwoch den 26. September den Reichstag einberufen.

Ergebnis der Devisenrazzia. Ueber den Erfolg der Berliner Devisenrazzia wird amtlich mitgeteilt: Die Aktion des Devisenkommissars hat ein recht erfreuliches Ergebnis gezeigt.

Knüttel-Kunze ein „abgefeimter Schurke“. Aus der „Roten Fahne“ erfährt man folgende interessante Tatsachen: „Die Deutschsozialistische Partei Knüttel-Kunzes hat sich gespalten.“

Die Streikbewegung in Baden. Die Streikbewegung in Baden ist im Abflauen, trotzdem die kommunistischen Landtagsabgeordneten mit Unterstützung einiger von Berlin einwanderter Agitatoren landauf und landab zum Generalstreik aufrufen.

Keine Revolution in Bulgarien? Belgrader Mütter berichten aus der Grenzstadt Perisod, daß in Bulgarien die Gegenrevolution ausgebrochen ist.

Eine Papiermillion - drei Goldpfennige. Nach dem amtlichen Dollarkurs von 150 Millionen betrug der Kurs der Goldmark 35 714 286 Papiermark.

Verbot rechtsradikaler Verbände in Braunschweig. In Braunschweig hat der Minister des Innern auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei verboten.

Die Stärke der Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen betrug am 31. Dezember 1922 insgesamt 18 901 972.

Depeschen. Die Deutschnationalen protestieren. Ab. Berlin, 20. September. Eine Entschließung der vereinigten Reichstags- und preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen erhebt Wittermeldungen zufolge scharfen Einspruch gegen die von der Regierung Stresemann unter Beschützung des Reiches eingeleitete Politik.

Das Mannheimer Schloß besetzt. Ab. Mannheim, 20. September. Die Franzosen kamen heute früh um 1/8 Uhr in Stärke von 2 und 4 Kompanien über die Rheinbrücke und besetzten das Mannheimer Schloß.

Nach der Unterredung. Ab. London, 20. September. Wie sehr die Ansichten eines Teiles der Presse über die gestrige Zusammenkunft Baldwin und Poincaré in Paris auseinandergehen, tritt in den Heftschritten zutage.

Ab. Paris, 20. September. Eine Neuentdeckung aus Paris vom gestrigen Abend besagt, in britischen Kreisen verlautet, daß keine weitere Zusammenkunft zwischen beiden Premierministern stattfinden werde.

Ab. Paris, 20. September. Baldwin hatte gestern nachmittag im Jagdschloß Rambouillet mit dem Präsidenten der Republik eine Unterredung, die über eine Stunde dauerte.

Abbruch des Streites. Ab. Freiburg im Breisgau, 20. September. Eine gestern abend im Gewerkschaftshaus abgehaltene Sitzung der Betriebsräte und Kartellbelegierten beschloß mit 196 gegen 156 Stimmen, den Generalstreik abzubringen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Brillanten, Gold- und Silber-Bruch Otto Lips kauft Kleins Jankers-straße 10.

Gewerbliches, einjährige, zweijähriges, dreijähriges, vierjähriges, fünfjähriges, sechsjähriges, siebenjähriges, achtjähriges, neunjähriges, zehnjähriges, elfjähriges, zwölfsjähriges, dreizehnjähriges, vierzehnjähriges, fünfzehnjähriges, sechzehnjähriges, siebenzehnjähriges, achtzehnjähriges, neunzehnjähriges, zwanzigjähriges, ein- und zweiwöchentlich, monatlich, vierteljährlich, halbjährlich, jährlich, zweijährlich, dreijährlich, vierjährlich, fünfjährlich, sechsjährlich, siebenjährlich, achtjährlich, neunjährlich, zehnjährlich, elfjährlich, zwölfsjährlich, dreizehnjährlich, vierzehnjährlich, fünfzehnjährlich, sechzehnjährlich, siebenzehnjährlich, achtzehnjährlich, neunzehnjährlich, zwanzigjährlich.

Wasser- u. Heizanlagen, Sanitär- u. Heizanlagen, Wasser- u. Heizanlagen, Sanitär- u. Heizanlagen.

Zahle, Zahn- u. Zahnärztliche, Zahn- u. Zahnärztliche, Zahn- u. Zahnärztliche.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Kartoffeln, Kartoffeln, Kartoffeln, Kartoffeln.

Beibringsgehilfe, Beibringsgehilfe, Beibringsgehilfe.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Standesamtliche Nachrichten, Standesamtliche Nachrichten, Standesamtliche Nachrichten.

Tierärztliche, Tierärztliche, Tierärztliche.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Amüsliche Bekanntmachungen, Amüsliche Bekanntmachungen, Amüsliche Bekanntmachungen.

Tierärztliche, Tierärztliche, Tierärztliche.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Zentral, Zentral, Zentral.

Tierärztliche, Tierärztliche, Tierärztliche.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Madame Firt, Madame Firt, Madame Firt.

Tierärztliche, Tierärztliche, Tierärztliche.

Gold, Silber, Platin, Taschen-Uhren, Paul Bartsch, Rathschneisenstraße 11, 111, Rein Baden.

Kammer-Lichtspiele, Kammer-Lichtspiele, Kammer-Lichtspiele.

KL, Kammer-Lichtspiele, Kammer-Lichtspiele, Kammer-Lichtspiele.

Asta Nielsen, Alb. Bassermann, Erdgeist, Erdgeist, Sklaventreue, Sklaventreue.

Wagner-Tabletten, Wagner-Tabletten, Wagner-Tabletten.

Wolle, Wolle, Wolle.

Die Kette klirrt, Die Kette klirrt, Die Kette klirrt.

Charlie Chaplin, Charlie Chaplin, Fatty, Fatty.

Für 50 Gr. Haare ein Netz, Für 50 Gr. Haare ein Netz.

Sie genießen gern, Sie genießen gern.

Walhalla-Lichtspiele, Walhalla-Lichtspiele.

Pfische, Pfische.

Asta Nielsen, Asta Nielsen.

Alle Engellein, Alle Engellein.

Das brennende Sal, Das brennende Sal.

Panorama-Lichtspiele, Panorama-Lichtspiele.

Magol, Magol, Magol.

Städtische Theater, Städtische Theater.

Wolle, Wolle.

Wilde, Wilde.

Die Huren, Die Huren.

Die Sektmieze, Die Sektmieze.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. September 1923.

Das Laub färbt sich.

Der Sommer ist zu Ende und der Wind weht über die Stoppeln. An den Bäumen färbt sich das Laub; gelb und rot leuchtet es auf, vor allem, wenn die Sonne scheint.

Wenn sich das Laub färbt, nehmen die Sorgen — sie sind ja ständig vorhanden — in verstärktem Maße zu. Wird es möglich sein, durch den Winter zu kommen ohne Schaden an Leib und Seele?

Lohnabschluss im Baugewerbe.

Das Bezirkslohnamt für das Baugewerbe, das am 20. September in Halle getagt hat, hat nachfolgenden Schiedsspruch gefällt:

- 1. Das Zulagabkommen zum N. L. vom 9. August besteht ohne Zweifel zwischen den Parteien zu Recht.
2. Der Grundlohn beträgt in der Zeit vom 15. bis 21. September in der Spitze 240 000 Mark. Für die Verteilung auf die einzelnen Ortsklassen und Lohngruppen sind die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

Danach beträgt der Spitzenstundenlohn in der Woche vom 15. bis 21. September 14 240 000 Mark. Lohnstabellen können im Bureau des Deutschen Bauwerksbundes abgeholt werden.

Bücher auf Teilzahlung.

Sind die guten Zeiten billigen Bücherkaufes vorüber? Fast scheint es so, denn Bücher sind in unheimlichem Maße teurer geworden. Die Bedingungen dieses Systems unterworfen und steigen daher im Preise mit wie jede andre Ware.

Der Nutzen liegt in dem Buche, nicht in dem Papier. Wer den Nutzen will, der kauft das Buch. Die Bücher sind ein Mittel, um den Gedanken zu verbreiten und die Kultur zu fördern.

Die mißbrauchten Liebesbriefe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(8. Fortsetzung.)

Als er endlich ausgeschlafen hatte, fühlte er einen gewaltigen Hunger und wollte sich stracks zu Tisch setzen; doch die rauhe Magd hielt nichts bereit und statt mit dem Essen war der Tisch noch mit dem Briefwechsel zweier Zeitgenossen gedeckt.

Er wartete daher zwei Tage, ob sie nichts von sich hören ließ, und als sie das nicht tat, begab er sich zum Stadtpfarrer, um die Scheidung anhängig zu machen. Ueber den Verjährungsversuch, welche der geistlichen Behörde oblag, dachte er, werde sich das Ding vielleicht auflösen.

Er hielt diese Erzählung für Flanien und gedachte die Sünden schon noch herumzubringen, ließ also der Sache ihren Lauf. Als er nach Hause kam, fand er einen Brief vor von einer Dame namens Käthe Ambach.

Summe auf einmal nicht bestreiten konnte, hat nun wiederum die Möglichkeit des Büchererwerbs, die Möglichkeit vor allem des Erwerbs größerer und besser ausgestatteter Werke.

Weiterhin weist die Buchhandlung Volksstimme darauf hin, daß Bücher, zum weitaus größten Teil, sehr gut erhalten dem Antiquariat entnommen werden können.

Damit ist die Möglichkeit des Büchererwerbs wieder jedem gegeben. Die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten sollten sich vor Augen halten, daß Bücher lebenswichtige Güter sind und die besten aufzuchtlichen Freunde in trüben Stunden.

Achtung, Parteimitglieder!

Der Beitrag für die zweite Hälfte des September ist leider durch die Verhältnisse schon wieder überfällig. Sollen die Beiträge überhaupt noch einmaken in Erscheinung treten, dann kann es nur durch schnellste Einzahlung und schleunige Einzahlung der Gelder an die Bezirkskasse geschehen.

Beitragskassierer! Spätestens am Sonntag den 23. September müssen die Beiträge für die zweite Septemberhälfte kassiert werden.

Ortskassierer! Sorgt für sofortige Einzahlung der eingegangenen Gelder an das Bezirkssekretariat.

Mitglieder! Macht den Unterfasserern keine Schwierigkeiten. Wer es irgend machen kann, der leiste zwei Beiträge zu je 400 000 bzw. 200 000 Mark. Ein Beitrag von 800 000 Mark ist erst zu viel, als man für eine einzige Zigarette und erst der lebende Teil dessen, was man für ein einziges Glas Bier ausgeben muß.

Ihr alle! Steht in den Stürmen der nächsten Wochen, vielteils schon der nächsten Tage und Stunden, zur Partei. Denn wehe der deutschen Arbeiterschaft, wehe der deutschen Republik, wenn in der nächsten Zeit die ordnende Hand, die Entschlossenheit, Zielklarheit und Tatkraft der deutschen Sozialdemokratie nicht zur Geltung kommt!

Agitiert auch für eure Zeitung!

Ihr braucht euer Blatt wie das tägliche Brot. Veranlaßt eure Kollegen in Werkstätten und Bureau, eure Sport- und Sangesvereine zum Abonnement auf die sozialdemokratische Presse!

Der Bezirksvorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Magdeburg-Anhalt.

J. A. Gustav Ferl.

Zur Lohnbewegung im Gastwirtsgerber. Die Lohnbewegung im Gastwirtsgerber durch Verbändlerschließung in einer Sitzung am Donnerstagabend, indem der Demobildungsausschuß durch den Schiedsspruch vom 14. September, der die Indexberechnung vorseht, den berechtigten Wünschen der gewaltigen Angehörigen Rechnung getragen hat.

Lohnunterschieden im Kleidermachergerber. Der Schiedsausschuß Magdeburg fällt für die Herren- und Damenmachermeister folgenden Schiedsspruch: Für die Lohnwoche vom 9. bis 15. September beträgt der Spitzenlohn für Herrenmacher in der 1. Ortsklasse 3 400 000 Mark.

vom 16. bis 22. September noch kein Abschluß gefügt worden, worüber der Schiedsausschuß entscheiden wird. Es ist ferner eine Beratung getroffen, nach der am 22. September auf die Lohnhöhe vom 2. bis 8. September 500 Prozent aller vorläufige Abschlagszahlung zur Auszahlung gelangen. Für die übrigen Branchen sind Tarife im Bureau zu haben.

Reichsbanknoten zu 500 Millionen Mark. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 500 Millionen in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und 66x155 Millimeter groß. Das rechteckig im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Distelblätter in ornamentaler Verarbeitung dar.

Hilfe in der Not. Der Armenverwaltung sind in letzter Zeit mehrfach ansehnliche Summen zur Unterstützung der Stadlarmen spendiert worden. So gingen größere Beträge ein von den Herren Direktor Böring und Gerhard Korte.

Kaiser-Friedrich-Museum. Sonntag den 23., vormittags 11 1/2 Uhr wird Dr. Griesel durch die Druckausstellung führen. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Karten zur Teilnahme können am Sonntag von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Museums unentgeltlich gelöst werden.

2 Millionen Mark kostet ab Sonnabend eine Fahrt der Elektrizität.

Kinderdankfest. In allen dem amerikanisch-deutschen Speisungswert eingegliederten Gemeinden und Anstalten des Deutschen Reiches findet am Sonnabend den 22. September ein Gedächtnisfest für das Kinderdankfest mit einer schlichten Feier für die Speisungsteilnehmer statt. In Magdeburg ist die Hauptfeier in der Halle Land und Stadt.

Vernt Esperanto! Der schwierigen wirtschaftlichen Lage zum Trotz unternimmt es die Ortsgruppe Magdeburg des Arbeiter- Esperantobundes alle Anhänger und Freunde der Weltsprachbewegung zu einer öffentlichen Propagandaveranstaltung einzuladen.

Gestohlen wurden aus einem Lager in der Jakobstraße 4 Kisten aus Weißblech mit je 25 Pfund Speiseöl und zwölf Kieselgläsern. Die Diebstahl wurde in der Obenbrennerstraße eine goldene Kette mit langer goldener Kette und zwei silberne Herrenuhren, von denen eine „M. v. Hoffe“ gezeichnet ist.

Ein verunglücktes Diebstahmsver. Berechnet hatte sich ein Unbekannter, der am 20. d. M. an der Wohnung eines Beamten in der Helmholzstraße Klingel und der Front allein anwesenden, von innen sich meldenden Tochter erklärte, ihr Vater sei verunglückt, sie solle zu seiner Überführung in die Krankenanstalt sofort Wäsche und 150 Millionen Mark Geld schicken.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Wochenplan. Sonnabend (Abend): Romeo und Julia. — Sonntag (Morgens): Oberon. — Wilhelm-Stratener. Wochenplan. Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Zar und Zimmermann. — Sonntag: Flachsman als Gelehrter.

dieses wie ein ungeheurer Sockel ausfiel, auf welchem ein ganz kleines Häuschen ruhte mit einer engen Kuppel und einem winzigen Erkerlein, nämlich der Nase, welche sich vor der vorherrschenden Kinnmasse wie zerquetschert zurückzog.

Was ihren Geist betrifft, so war er, wie schon gesagt, ein höherer, was man alsobald aus ihrem Schreiben erkennen wird, welches Viggi zu Hause fand:

„Edler Mann!

Es gibt Lagen, welche uns die Rücksichten der beschränkten Welt vergessen lassen und selbst dem zarten Weibe den Mut geben, je die Pflicht auferlegen, aus sich herauszutreten und seine edelste Teilnahme offen dahin zu wenden, wo verkannte und mißhandelte Männergröße sich in unbedienten Weiden verzehrt.

rohe Ansinnel jener platten Weiber es ahnt, und so werde ich mir es nicht nehmen lassen, heute oder morgen periodisch an Ihrem vermaillten Verbe zu erscheinen, um Ihre etwaigen Wünsche und Bedürfnisse entgegenzunehmen.

Genehmigen Sie die herzlichste Versicherung der aufrichtigsten Hochachtung, womit ich mich zeichne

Ihre ergebenste Käthe Ambach.

Als Viggi diesen Brief gelesen, beschlich ihn eine sehr gemüthliche Empfindung. Er war wie alle Welt gewohnt gewesen, über die Käthe zu lachen, und hegte nicht die angenehmsten Vorstellungen an ihrem Außern. Und doch war es ihm, als ob er schon lange nur auf einen solchen Brief gewartet habe, als ob hier eine Stimme aus einer besseren Welt sich hören ließ, als ob hier ein verständnisvolles Gemüt sich vor ihm enthülle.

Sie trug ein Kleid von schwarzem Baumwollstoff, einen roten Schal und ein rundes graues Hütchen mit einer Feder. Diese Erscheinung bestach ihn plötzlich, und als sie nun ihm schweigend die Hand gab und ihn mit einem wehmüthig trübenden Blick ansah, da vergab er vollends, daß er jemals über diese Person gelacht; vielmehr fand er sich sogleich trefflich in die Weife hinein.

Die Unterredung, welche zwischen diesen beiden Geistern nun erfolgte, ist nicht zu beschreiben; genug, als sie zu Ende war, fühlte Viggi sich getrübt und durchaus für Käthe eingemommen. Am meisten hatte sie ihn gerührt, als er ihr die Geschichte mit den Briefen erzählte und den ganzen Haufen vorwies. Sie hatte kein Wort erwidert, sondern nur geknickt und einige stille Tränen vergossen, und zwar ziemlich aufrichtig, weil sie bedachte, wieviel weißer und geschickter sie für eine solch glückliche Stellung eingerichtet gewesen wäre; denn sie hätte für ihr Leben gern Briefe.

Zum Schluß stellte sie mit der Magd ein Verhör an, bezüglich die Küche, gab einige überflüssige Anweisungen und stieg endlich, das Kleid aufnehmend, mit großen Umständen und laut sprechend die geräumige Treppe hinunter, welche ihr, verglichen mit ihrer hübschereigenen zu Hause, ausnehmend wohl gefiel. Der angehende Witwer begleitete sie bis auf die Straße, und es fand ein gewöhnlicher und ansehnlicher Abschied statt.

Berg und Thal können nicht zusammen, aber die Welt! jagte ein Soldatler, der eben vorbeiging und den häßlichen Auftritt beobachtete.

(Fortsetzung folgt.)

